

Correspondent.

Wöchentliche Beilage:

Illustriertes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis: pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark 20 Pfg. durch den Herumträger. — 1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

Erscheint: Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr. Expedition: große Ritterstraße Nr. 28.

Nr. 13.

Sonnabend den 20. Januar.

1883.

Die jüngeren Söhne.

Die hochadligen Großgrundbesitzer, deren Interessen die konservativ Partei beherrschen, wenden seit einigen Jahren Alles an, um unsern Bauernstand mit dem feudalen Erbrecht zu beglücken, wonach, ähnlich wie bei den adligen Majoraten, eins der Kinder, gewöhnlich der älteste Sohn, der „Anerbe“, d. h. der ausschließliche oder vorzugsweise Erbe des Landgutes wird. Die anderen Kinder sollen mit einer verhältnismäßig geringen Erbtheilung abgefunden werden. Es soll damit angeblich der Zerstückelung des Grundbesitzes vorgebeugt werden.

In einzelnen Landestheilen entspricht ein solches Erbrecht einer alten, auch im Bauernstande eingewurzelten Sitte. In anderen Gegenden aber nicht. Und hier sträuben sich auch meist die kleineren Grundbesitzer gegen das Geschenk, das ihnen die hochadligen Herren zwangeweise auferlegen wollen. Eine Zerstückelung des Grundbesitzes tritt auch in diesen Landestheilen nicht hervor, und wo sie vereinzelt zu Tage tritt, ist sie gewöhnlich anderen Ursachen zuzuschreiben, als dem Mangel des Anerberrechts.

In voriger Woche hat das preussische Herrenhaus den Beschluß gefaßt, das das feudale Erbrecht in der Mark Brandenburg eingeführt werden solle. Die „Kreuzzeitg.“ registriert dies in dem Leitartikel ihrer Sonntagsnummer unter der Ueberschrift „Ein Erfolg“. Dieser „Erfolg“ wird aber nicht lange vorhalten. Denn selbst das gegenwärtige Abgeordnetenhaus wird dem Beschluß sicher nicht zustimmen, und auch die Regierung hat im Herrenhause keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie dem Gesetzentwurf in der jetzt vom Hause acceptirten Form niemals ihre verfassungsmäßige Gutherzigung zu Theil werden lassen kann.

Die hochadligen Großgrundbesitzer sind natürlich, indem sie das von ihnen geliebte Erbrecht dem Bauernstande auferlegen wollen, nicht um den kleinen Grundbesitz besorgt, sondern um sich selbst. In der Kommission des Herrenhauses wurde es offen ausgesprochen, daß es der Großgrundbesitzer sei, welcher das feudale Erbrecht nicht entbehren zu können glaubt. In unserer bösen Zeit ist aber durch den Geist des Liberalismus der Grundgedanke zum herrschenden geworden, daß vor dem Gesetz alle Bürger, groß oder klein, gleich sind, und da glauben die Herren das von ihnen empfohlene Erbrecht nicht für sich allein sich erhalten zu können, wenn es nicht zur allgemeinen Einführung auch für den kleineren Grundbesitz gelangt.

Die agrarischen Konservativen suchen seit Jahren den Bauernstand für sich zu gewinnen, indem sie ihm einreden, daß heutzutage ein Gegensatz zwischen den Interessen des großen und des kleinen Grundbesitzes nicht besteht. Und durch die Verbreitung dieser Ansicht gelingt es ihnen auch oft, daß die kleineren Grundbesitzer den gräflichen oder freiherrlichen Großgrundbesitzer für den besten Vertreter ihrer Interessen ansehen und ihm bei den Wahlen ihre Stimmen geben. Es zeigt sich, wenn man genauer hinsieht, daß in diesem wie in vielen anderen Punkten die Interessen des Kleingrundbesitzes durchaus nicht mit denen des adligen Großgrundbesitzes übereinstimmen.

Weshalb sträubt sich hauptsächlich der bürgerliche Kleingrundbesitzer gegen die allgemeine Einführung des Anerberrechts? Es ist das Schicksal der anderen Kinder, namentlich der jüngeren Söhne, was ihnen am Herzen liegt. Sie umfassen alle ihre Kinder mit gleicher Liebe, und ihr Gefühl widerspricht dem Ausweg, ein Kind vor den anderen so wesentlich zu bevorzugen.

Dem adligen Großgrundbesitzer ist es nun verhältnismäßig viel leichter gemacht, seinen jüngeren Kindern eine angenehme und ehrenvolle Lebensstellung zu verschaffen, als dem Kleingrundbesitzer. Es ist der Staat, welcher ihm die Sorge ungemein erleichtert. Alle höheren und einflussreichen Stellungen im Civil, wie im Militärdienst sind vorzugsweise von den Söhnen adliger Grundbesitzer eingenommen. Früher waren ihnen die Stellen fast ausschließlich vorbehalten. Der Adlige hatte ein angeborenes Recht auf die Offizier- und die wichtigsten Civilstellen. Nun besitzt der Adlige durch Gesetz freilich heute solche Vorrechte nicht mehr. Aber faktisch übt er dies Vorrecht auch heute noch aus. Die große Mehrzahl namentlich der höheren Offizierstellen, die meisten hohen Verwaltungämter vom Minister bis herab zum Landrath sind mit Adligen besetzt. Ueber so viele Mittel, um den Söhnen die dazu nöthige Vorbildung in einer Kadettenschule oder durch Besuch der Hochschule zu geben, verfügt der adlige Großgrundbesitzer meistens. Hat der Sohn nur die nöthigen Examina bestanden, so ist, wenn er auch nur ein mittelmässiger Kopf ist, doch so weit für ihn gesorgt, daß er eine anständige Lebensstellung erringt. Die Unkel und Vettern, welche schon einflußreiche Stellungen errungen haben, helfen dann schon vorwärts schieben. Ein nicht unbedeutender Theil der staatlichen Ausgaben fließt so immer in diese Kreise hinein.

Der bürgerliche Kleingrundbesitzer genießt diese Vortheile für seine jüngeren Söhne nicht. Für ihn ist es ungemein schwierig, seine Söhne in der Kadettenanstalt unterzubringen, und seinen Söhnen ist es überaus schwer gemacht, in die Offizier-Carriere hineinzukommen. Und wenn der Vater selbst die Mittel besitzt, seinen Sohn eine höhere Carriere einschlagen zu lassen, so muß dieser nicht nur ein sehr großes Talent, sondern auch noch viel Glück dazu haben, wenn er in irgend einem Zweige des Civildienstes vorwärts kommen will. Ergreift er z. B. den höheren Postdienst und bringt es zum Oberpostsekretär, so wird ihm oft ein adliger Offizier a. D. als Postdirector vorgeschoben, obgleich der Sekretär durch besondere Ausbildung und langen Dienst in dem Fache ein Anrecht auf die Directorstelle zu haben glaubt.

Doch die „Kreuzzeitg.“ weiß Rath. Sie sagt in dem schon angeführten Artikel ihrer Sonntagsnummer, der „Ueberichs“ der bauerlichen Bevölkerung ist ein ausgezeichnetes Material zur Ergänzung gewisser Staatsämter wie auch bestimmter Militärdiäten.“ Warum kommt das konservativ Blatt nicht deutlicher mit der Sprache heraus? Was meint es damit? Nun, es heißt keine andere Erklärung als: der Bauer soll seine jüngeren Söhne, die nicht den Hof bekommen, drei Jahre dienen, dann capituliren und die Unteroffizier-carriere einschlagen lassen. Und nach vielfähriger Dienstzeit winkt

dem Bauernsohne dann, wenn Alles gut geht, die Aussicht, Gendarm, Polizeibdiener, Gerichtsdiener, Steuerbote oder Grenzaufsicher werden zu können. Das zeigt sehr deutlich, in welche Linie unsere konservativen Herren den Bauernstand stellen, den sie durch Bauernvereine und andere Hangvorrichtungen sich dienstbar zu machen suchen.

Politische Ueberflacht

Ein Duzend Jahre sind flossen (am 18. d. M.) verfloßen gewesen seit der Proclamation des neuen deutschen Kaiserthums, seit der Erstehung des Reiches. Die Verhältnisse im Innern Deutschlands nach zwölffähriger Dauer können nicht erstreulich genannt werden. Und doch kann man vielleicht gerade hierin eine Gewähr dafür finden, daß das Reich trotz seiner Jugend fest begründet ist. Während der ersten Hälfte dieses Jahrzehntes hat der Leiter der deutschen Politik seine persönlichen Neigungen zurückgedrängt, weil er die junge Schöpfung noch nicht für stark genug hielt, um einen politischen Conflict zu ertragen. Wenn er während der zweiten Hälfte anders verfahren ist, so muß nach seiner Meinung wohl das Reich schon so viel Kraft besitzen, um die frühere Vorsicht unnöthig erscheinen zu lassen.

Die sog. Steuerreform, um welche sich unsere gelammte innere Politik dreht, erfordert alljährlich ihre Opfer. Minister v. Bötticher und Schatzsekretär Burckhard sind beide schwer krank geworden, infolge von „Ueberarbeitung“, wie die „N. N. Z.“ sagt. Bei Herrn Burckhard scheint die Krankheit aber auch finanzielle Natur zu sein. Wer hätte das erwartet, daß so schnell „Frictionen“ selbst mit dieser geschmeidigen Natur sich einstellen könnten! Herr Burckhard hat schnell Carriere gemacht. Es sind noch nicht so viele Jahre her, seit er noch Assessor und dann Steuerath in Danzig war. Von geschäftlicher Gewandtheit, war er einer der wenigen Beamten, welche sich der neuen Wirtschaftspolitik mit großem Eifer angeschlossen und die darum schnell von Stufe zu Stufe stiegen. Mit starken Behauptungen gegenüber den Gegnern der neuen Politik war er im Reichstage sehr freigebig. Aber seine Leistungen müssen wohl doch nicht den Anforderungen entsprochen haben, welche gestellt wurden. Wie glücklich wird er in dem schönen Italien sein, wo er sich, wie es heißt, hinbegeben will, fern von Finanzen und Steuern, von Zahlen und Zöllen!

An Herrn v. Bötticher hat Fürst Bismarck eine schätzbare Kraft gewonnen, die jetzt sehr vermist wird. Herr v. Bötticher weigerte sich, als er nach Hofmann's Abgang nach Straßburg in die Stelle Delbrück's berufen wurde. Er vertheilt sich nicht auf die Volkswirtschaft, sagte er, mit der er sich nie befaßt habe. „Desto besser“, soll Fürst Bismarck gesagt haben, „um so unbedingter werden Sie sein.“ Herr v. Bötticher hat den an ihn gestellten Erwartungen vollkommen entsprochen. Er geht ganz in die ihm gestellten Aufgaben auf, ohne irgendwie eine selbstständige Meinung zu präferiren. Er ist gewandt und befaßt sich für gewöhnlich recht urbaner Formen. Wenn er in letzter Zeit zuweilen etwas gereizt erschien, so hat dies vielleicht schon an der Krankheit gelegen.

Vertical text on the left edge of the page, partially cut off, containing names and dates like '1883', 'Hoffmann', 'S. Bam', 'Januar 1883', 'Sammlung', 'Kranken', '1883 nach', 'Ueber', 'Vorstand', 'erein', '1883', 'achweis', '1883', 'achweis', '1883', 'achweis'.

Dem preussischen Finanzminister, Herrn Scholz, fällt nun die schwierige Aufgabe zu, zunächst sowohl Herrn v. Bötticher wie vielleicht auch Herrn Burdard zu ersetzen. Wir sind neugierig, wie lange Herr Scholz sich oben und „gesund“ erhalten wird.

Die von dem österreichischen Statthalter in Dalmatien Jovanovich ergriffene Maßregel betr. Einführung der deutschen Amtssprache wurde zufolge des Widerstandes der dalmatinischen Abgeordneten regierungsfeindlich desavouirt. Für die Statthalterei und Dalmatien verbleiben somit drei Sprachen geltend: kräthisch, italienisch und deutsch.

Ueber den Eindruck, den der „papierne Staatsreich“ des Prinzen Napoleon in Frankreich gemacht hat, liegen jetzt nähere Mittheilungen vor. Wie vorauszusehen war, machen sich sämtliche republikanischen Blätter über diesen „Sancho Panza des Imperialismus“ lustig und sprechen dem Ereigniß jegliche Bedeutung ab; die royalistischen Zeitungen sind entsetzt, daß der Prinz mit seinem Manifest ihrem Roy zuvorgekommen und nennen es scandalös und ungeheuer, ja sogar der bonapartistische „Pays“, das Organ Casagnac's, greift den Herrn „Non-Non“ aufs Heftigste an: „Ihre Existenz, ruft er ihm entgegen, schadet leider weniger den Republikanern, als den Imperialisten; Ihr Manifest, Prinz, ist eine feierliche Kinderei und eine kolossale Dummheit!“ Weniger übereinstimmend lauten die Urtheile der Pariser Presse über die Verhaftung des Prinzen. Der „Evenement“ hält dieselbe für ungeheuerlich, da der Prinz einfach nur lächerlich sei. „Figaro“ meint, das Manifest sei kein heftiger Angriff auf die Regierung als die, welche die Intriganten alle Tage gegen sie richteten. „Petit Journal“ bezweifelt, daß der Prinz gesetzlich strafbar sei und ist der Ansicht, daß man demselben keinen größeren Dienst habe leisten können, als ihn zu verfolgen; denn er sei bereits moralisch und politisch todt gewesen. Die meisten republikanischen Organe, und vor Allen die gambettistischen, erklären sich allerdings mit der Handlungsweise der Regierung einverstanden. Die Regierung müsse zeigen, daß sie die Macht und den Willen hat, das Gesetz aufrecht zu erhalten, und daß allen Herausgebern von Manifesten, ob sie nun „Henri“, „Louis Philippe“ oder wie sonst immer zeichnen, das Handwerk auf gleiche Weise gelegt werden wird, wie heute ihrem Collegen Napoleon. Daß auch die übrigen Herren Präsidenten, die Gamborb, Annale, Chartres u. den Sturz der Republik planen, und gar nicht abgeneigt sind, in nächster Zeit auch einmal von sich hören zu lassen, geht aus den Aussagen des Prinzen Jérôme hervor, der nach seiner Verhaftung behauptete, das Manifest nur veröffentlicht zu haben, um den Anderen, die etwas Lehnliches im Schilde führten, zuvorzukommen.

In Stockholm ist am Mittwoch der schwedische Reichstag durch den König mit einer Thronrede eröffnet worden. Das Budget schließt in den Einnahmen mit 81441000 Kronen ab und weist einen Ueberschuß von 1700000 Kronen auf.

Nach Berichten aus London haben die daselbst eingelaufenen Berichte der englischen Vertretungen im Ganzen eine wohlwollende Aufnahme der jüngsten englischen Note in Betreff Aegyptens constatirt. Eine rasche Beantwortung der letzteren wird in diplomatischen Kreisen schon darum nicht erwartet, weil das Stadium, in welchem die Cabinetre befreit des sehr umfangreichen und wichtigen Aftenstückes derzeit begriffen sind, immerhin einige Zeit beansprucht, so daß die Mächte noch nicht einmal in einen Gedankenaustausch in Betreff desselben einzutreten in der Lage waren. Jedenfalls wird ein solcher Gedankenaustausch der Beantwortung der Note durch die einzelnen Cabinetre vorangehen. Von dem Zusammentritt einer Konferenz werde hierbei zunächst keine Rede sein, da dem auf der Konstantinopeler Konferenz gemachten Vorbehalte der Entscheidung Europas in Betreff der definitiven Gestaltung der Dinge in Aegypten durch die letzte englische Note formell entsprochen wurde, und bei den Cabinetre die Anschauung vorzu-

wiegen scheine, daß der Weg directer Verhandlungen von Cabinet zu Cabinet der Behandlung des Gegenstandes durch eine Konferenz vorzuziehen sei. — Der englische Premierminister Gladstone ist am Mittwoch früh mit seiner Gemahlin und seiner Tochter nach Cannes abgereist.

Nach einer Depesche aus Lima wird die Stadt Casma in Peru von dem chilenischen Panzerschiff „Huascar“ regelrecht blockirt, die Chilenen werden den Hafen besetzen, um Refugien englischer Kaufleute vorzubehalten, solange sich kein Kriegsschiff im Hafen befindet, doppelte Zölle bezahlen mußten.

Deutschland.

(Hofnachrichten.) Se. Majestät der Kaiser nahm am Donnerstage die üblichen Vorträge entgegen, empfing einige höhere Offiziere und arbeitete mit dem General-Lieutenant von Albeßyll. Am 1 Uhr begab sich der Kaiser ins königliche Schloß, um daselbst als Oberhaupt des hohen Ordens vom Schwarzen Adler die in Berlin anwesenden kapitelfähigen Ritter desselben zur Aufnahme mehrerer Mitglieder, des Herzogs von Coburg, des General-Adjutanten Grafen v. d. Glog und des Herzogs von Ratibor Fürsten von Goresy um sich zu versammeln und nach dem feierlichen Aufnahme-Akte dann ein gemeinsames Kapitel des Ordens abzuhalten. — Der Kaiser hat angeordnet, daß als Zeichen der besonderen Anerkennung für die Haltung und Bravour der ehemals hannoverschen Armee in allen Feldzügen die hannoverschen Fahnen und Feldzeichen im Zeughaufe zu Hannover am Waterloo-Platz aufgestellt werden sollen.

(Die Hamburger Bürgerchaft) nahm am Mittwoch einstimmig den dringlichen Antrag des Senats auf Bewilligung von 50000 Mark für die Ueberschwemmten im Rheinlande an.

Parlamentarische Nachrichten.

Abgeordnetenhause. (Sitzung vom 17. Januar) Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr. Am Ministertisch: v. Buttler, Dr. Friedberg. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs, bet. den Erlass polizeilicher Strafverfügungen. Der Gesetzesentwurf verfolgt einen doppelten Zweck: er will das Institut der polizeilichen Strafverfügungen auf das ganze Staatsgebiet ausdehnen, dasselbe also auch in demjenigen Theile des Staates, in welchem es bisher noch nicht gilt, im Rheinischen Rechtsgebiete einführen, und er will ferner bei dieser Gelegenheit die bisherigen Bestimmungen einer Revision unterziehen. Zur Erreichung dieser Zwecke ist die Form gewählt worden, daß ein ganz neues Gesetz erlassen wird, welches im ganzen Staate gelten und an die Stelle der bisherigen landesgesetzlichen Bestimmungen treten soll. Die Commission hat sich in ihrer Mehrheit für die Beibehaltung des Instituts der polizeilichen Strafverfügung und für seine Ausdehnung auf das ganze Staatsgebiet entschieden. Demgemäß räumt der § 1 nach den Beschlüssen der Commission Demjenigen, welcher die Polizeiverordnung in einem bestimmten Bezirke auszuüben hat, die Befugnis ein, wegen der in diesem Bezirke verübten, in seinem Verwaltungsbereich fallenden Uebertretungen die Strafe durch Verfügung festzusetzen, sowie eine etwa verwirkte Einziehung zu verhängen. Die polizeiliche Strafverfügung ist auch gegen Beschuldigte im Alter von 12 bis 18 Jahren zulässig. (Zusatz der Commission.) Die festzusetzende Geldstrafe darf den Betrag von dreißig Mark (die Reg.-Vorlage hatte 50 Mark in Vorschlag gebracht), die Haft, auch wenn sie an Stelle einer nicht bezutreibenden Geldstrafe tritt, die Dauer von drei Tagen nicht überschreiten. Straftäter der Polizeiverwalter eine höhere Strafe für gerechtfertigt, so muß die Verfolgung dem Amtsverwalter überlassen werden. Ein vom Abg. Westberg zu diesem § gefaßtes Amendement, das Maximum der Geldstrafe auf „fünfzehn Mark“ festzusetzen, wurde abgelehnt, der § 1 mit

großer Majorität angenommen. Eine längere Diskussion rief der § 2 hervor, welcher die Fälle aufzählt, welche die Festsetzung einer Strafe durch die Polizeibehörden ausschließt. Abg. Westberg beantragte einen Zusatz, demzufolge auch die Bergwerkspolizeibehörden von der Befugnis zum Erlass polizeilicher Strafverfügungen ausgeschlossen. Für diesen Antrag trat mit großer Entschiedenheit Abg. Ratorp ein, namentlich aus praktischen Gründen, während die Abg. Huysen, Douglas, Dr. Reichenberger (Köln), sowie der Reg.-Comm. Frhr. v. Ruyß für Aufrechterhaltung der notwendigen behördlichen Autorität die Vorlage der Regierung zur Annahme empfahlen. Der Antrag Westberg wurde mit 152 gegen 105 Stimmen abgelehnt, der § 2 unverändert genehmigt. Die übrigen §§ der Vorlage wurden fast ohne Diskussion erledigt. — Das Haus trat sodann in die Beratung der Verordnung vom 24. August 1882 bet. die Vertretung des lauenburgischen Landescommunalverbandes. Ein Antrag der Abgeord. Berling-Hänel, der Regierung Indemnität zu ertheilen, die Verordnung aber durch ein gleichzeitig zu erlassendes Gesetz außer Kraft zu setzen, wurde nach kurzer Debatte abgelehnt und die Verordnung bedingungslos genehmigt. Das Haus erledigt sodann noch mehrere Berichte und Maßweise durch Ueberweisung an die Budget-Commission, womit die Tagesordnung erledigt ist. Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte beschließt das Haus, den Präsidenten zu ermächtigen, die nächste Plenarsitzung nach Lage der Geschäfte festzusetzen. Ferner ermächtigt das Haus den Präsidenten, dem königlich-preussischen Baare zu dessen silberner Hochzeitfeier die Glückwünsche des Hauses darzubringen. Schluß gegen 5 Uhr.

Herrenhaus. (Sitzung vom 17. Januar.) Das Herrenhaus hielt heute wiederum eine Plenarsitzung, in welcher nach kurzer Debatte die Rheinische Nothstands-Vorlage zur definitiven Annahme gelangte. Der Bericht des Eisenbahnministers über die Ergebnisse der Staatsbahnverwaltung des Jahres 1881/82 gab dem Fürsten Hagfeld-Trachenberg Veranlassung, den Minister zu bitten, die Oberpfälzische und die Rechte Oderuferbahn zu einer Herabsetzung der Tarife im Lokalverkehr zu veranlassen. Der Minister bedauert, daß es der Regierung bisher nicht gelungen sei, die Einführung eines neuen Tarifs für die schlesischen Bahnen zu erreichen. Die Regierung werde hofentlich die Herabsetzung auch gegen den Willen der Eisenbahngesellschaften durchzusetzen wissen. Der Bericht selbst wurde genehmigt. Das Präsidium wird gleichfalls ermächtigt, dem königlich-preussischen Baare die Glückwünsche des Herrenhauses zu übermitteln. Nächste Sitzung unbestimmt. Schluß 2¼ Uhr.

Provinz und Umgegend.

Das „Schulblatt der Provinz Sachsen“ bespricht in einem Artikel die „Lage der älteren Landlehrer“ und theilt darin unter besonderer Bezugnahme auf unsere Provinz mit, daß die meisten Schulstellen auf dem Lande nur ein Minimaleinkommen — 750 bis 900 Mk. — gewähren und die Emeriten nur 1/3 des Einkommens als gesetzliche Pension erhalten, welche Summe noch dazu der Substitut herzugeben hat. Als recht auffallendes Belegbeispiel wird die kleine Epithor Seyda (Reg.-Bez. Merseburg) angeführt. Dort haben von 14 Lehrern 11 das Minimaleinkommen von 750 Mk., während nur von 1068 bis 1200 Mk. steigen. Dagegen trägt die Pastorstelle daselbst 8817 Mk., sie ist also noch um 567 Mk. höher als die elf Ministerialstellen der Lehrer zusammen. Und unter solchen Umständen werden nach den bestehenden Bestimmungen noch ununterbrochen die bessere Rankschulstellen bei Anstellung eines zweiten Lehrers getheilt. Hierdurch verliert der ältere Mann nach 30- bis 40jähriger Dienstzeit oft 200—300 Mk. Nun ist er gemeinsam auf das Minimaleinkommen gesetzt und geht mit derselben der Pensionierung entgegen. Wie mancher alte und feuchte Mann stemmt sich vor diesem Augenblicke.

Bekanntmachung.

Es wird hierdurch in Erinnerung gebracht, daß bei öffentlichen Leidenbegängen, Trauungen u. dergl., wenn solche in die Untergerichtszeit fallen, auf irgendwelche Mitwirkung von Schlichtern nicht berechnet werden kann. Merseburg, den 19. Januar 1883.

Die Schullinspektion.

3 Morgen Feld sind als Baukellern, gelegen an der Glogisauer Straße, zu verkaufen. Zu erfragen **Sixtberg Nr. 23.**

Sopha, Tische, Stühle etc., Vogelbauer, kleine und große Gefäßige und Stuhlarten sind billig abzulassen.

7 Weissenfeller Strasse 7.

Ein Partie Tannen

zum Decoriren stehen zum Verkauf **Breitestr. 13**

Gute Speisekartoffeln

sind fortwährend zu verkaufen **Breitestr. 13.**

3 Stämme Hühner (Brahmaputras), englische und Perlhühner, sowie **6 Paar Tauben** zu verkaufen **Stufenstrasse 4.**

Ein größeres Familienlois, **Johannisstraße 17,** ist zu vermieten. **Gebr. Steckner.**

Die bisher von Herrn **Oemler** in meinem Hause innegehabte Wohnung ist wegen Wegzugs desselben zum **1. April** anderweitig an ruhige Leute zu vermieten.

Oscar Sonntag, Raumburger Straße.

Zwei herrschaftliche Wohnungen, erste und zweite Etage, sind von jetzt ab zu vermieten und **1. Juli** cr. bezugsfähig. Auf Wunsch kann jede Etage getheilt werden.

Lindenstraße 3

Lehrstraße Nr. 7 sind zwei größere Wohnungen im Preise von **350—380 M.** zu vermieten und **1. April**, event. auch früher, zu beziehen.

Karlstraße Nr. 10 ist die obere Etage zu vermieten und sofort oder **1. April** bezogen werden.

Ein Loos mit allem Zubehör steht zu vermieten **Borwick Nr. 12.**

Eine Wohnung, bestehend in **4 Stuben** nebst Zubehör, erste Etage, ist zu vermieten und sofort zu beziehen **Galleische Straße 17**

3 Schlafstellen sind offen bei **Frau Beyer, Noßmarkt Nr. 12.**

Eine neue feine Herren-Maske ist zu vermieten **Hallesche Strasse Nr. 8 im Garten.**

Cachemire-Rester

schwarz und bunt, (auch zu Maskengarderobe verwendbar) empfiehlt zu halben Fabrikpreisen **Fritz Roenneke.**

Englische Berberwerkzeuge **Albert Bohrmann,** Noßmarkt 6.

Kinderzwieback,

nach ärztlicher Vorschrift bereitet, empfiehlt **G. Schönberger, Gotthardtsstr. 14/15.**

Nähmaschinen

aller Systeme werden schnell und gut reparirt bei **L. Albrecht,** Noßmarkt Nr. 2.

Zur guten Quelle.

Frische Sendung Kal in Gelee angekommen. **F. Beyer.**

Fertige Särge

sehr billigen Preisen bei **K. Hoffmann, Tischlermeister, Breitestr. 5.**

Die auf heute Abend in der Kaiser

Bilhelmshalle anberaumte öffentliche Versammlung kann wegen **Unabkömmlichkeit** der beiden Reichstagsabgeordneten **Herrn Wölfel** und **Herrn Wölfel** nicht stattfinden und wird der Tag der Abhaltung später bekannt gemacht werden.

Der Vorstand der hiesigen Gewerksvereine.

Einen Belegling sucht **G. Apitzsch, Tapezierer u. Decorateur.**

Der Gesang-Verein „Melodia“

hält am **4. Februar d. J.** in den festlich decorirten Räumen des **„Tivoli“** einen

Maskenball



ab, woran auch Nichtmitglieder Theil nehmen können.

Billets für Masken und Zuschauer à **1 Mark** sind bei den Herren **Georg Martens, Burgstraße 5, Friseur Hoffmann, Burgstraße, M. Krause, Unteraltenburg 60, und C. Brendel, Firma Gebrüder Schwarz, Gotthardtsstraße Nr. 45,** zu haben.

Für Aufführungen wird in bekannter Weise bestens gesorgt.

Es ladet ergebenst ein

der Vorstand.

Ich erlaube mir einem geehrten Publikum hierdurch ergebenst anzuzeigen, daß ich **Schneiderer** in und außer dem Hause sauber und geschmackvoll liefere. Es empfiehlt sich achtungsvoll

Auguste Könnicke, Delgrube 16.

Fertige Sophas, Lehn- und Schlafstühle, Bettstellen mit Matratzen von **12 1/2 Thlr. an.**

Sopha-Gestelle von **4 1/2 Thlr. an** bei

Otto Bernhardt, Markt 26.

Karl Steger,

Messerschmiedemstr., Mälzerstr. 6, empfiehlt

sein Lager selbstgefertigter **Stahlwaaren.** Alle Reparaturen und Schleifereien werden schnell und billig angefertigt. **D. O.**

Baron Liebig's Malto-Leguminosen-

Chocolade u. -Pulver,

sowie **M.-Leg.-Mehl,** beste blutbildende Nahrung für Kinder und Erwachsene, von **Starker & Pobuda,** fgl. Hoflieferanten, Stuttgart.

Niederlage in Merseburg bei **F. Schreiber, Conditorei.**

Corsetten!

in neuesten Mustern und großer Auswahl sind wieder eingetroffen und empfehle solche als sehr preiswerth.

M. Grillo, Burgstr. 12.

Maskengarderobe.

Zur bevorstehenden Saison erlaube ich mir meine Herren- und Damen-Maskengarderobe in empfehlende Erinnerung zu bringen.

M. Krause, Unteraltenburg 60.

Ich erlaube mir einem geehrten Publikum hierdurch ergebenst anzuzeigen, daß ich **Schneiderer** in und außer dem Hause sauber und geschmackvoll liefere. Es empfiehlt sich achtungsvoll

Auguste Könnicke, Delgrube 16.

Fertige Sophas, Lehn- und Schlafstühle, Bettstellen mit Matratzen von **12 1/2 Thlr. an.**

Sopha-Gestelle von **4 1/2 Thlr. an** bei

Otto Bernhardt, Markt 26.

Karl Steger,

Messerschmiedemstr., Mälzerstr. 6, empfiehlt

sein Lager selbstgefertigter **Stahlwaaren.** Alle Reparaturen und Schleifereien werden schnell und billig angefertigt. **D. O.**

Das gesandte Buch hat mir große Dienste geleistet, denn nicht nur ich, der schon alte Hoffnung aufgegeben hatte, sondern auch viele Bekannte verdanken der Besorgung seiner Rathschläge die Wiedererlangung der Gesundheit etc. — So schreibt ein glücklich Gekelter über das reichillustrirte Buch: „Dr. Viry's Heilmethode.“ In diesen vorzüglichen, 544 Seiten starken Werke werden die Krankheiten nicht nur beschrieben, sondern auch gleichzeitig solche Heilmittel angegeben, welche sich thatsächlich bewährt haben, so daß der Kranke vor unnützen Ausgaben bewahrt bleibt. Kein Leidender sollte veräumen, sich dies schon in 135. Aufl. erschienene Buch anzuschaffen. Dasselbe wird auf Wunsch gegen Einsendung von 1 M. 20 Pfg. franco von Richter's Verlags-Anstalt in Leipzig verandt.

Elegante Ballblumen, Büscheln von **15 Pf. per Meter an, Regligehauben und Schleifen** empfiehlt die Pughandlung von **F. Renno,** Delgrube.

Auch werden daselbst **Ballkleider** geschmackvoll angefertigt.

Schellfisch empfiehlt **C. Wolff.**

Musikalien-Verkauf. Gegen **3000 Musikalien,** sehr gut erhalten, fast neu, mit **50 Pst. Kabat,** verkauft das Antiquariat von **H. Steffenhagen.**

Seitenbeutel 2. **Seitenbeutel 2, Geschäfts-Anzeige.**

Einem geehrten Publikum von Merseburg und Umgegend die ergebene Anzeige, daß ich mit dem heutigen Tage das Kleidergeschäft meines verstorbenen Schwagers, des Kleiderhändlers **F. Strauß** käuflich übernommen habe.

Es wird stets mein eifrigstes Bestreben sein, gute reelle Waaren bei der billigsten Preisnotrung zu liefern, und bitte deshalb, das meinem Vorgänger geschenkte Vertrauen auch auf mich zu übertragen und bei Bedarf mich gütigst berücksichtigen zu wollen. Bestellungen nach Maß werden sauber und prompt angefertigt.

J. Krause, Schneidermeister.

Vorschuss-Verein zu Merseburg,

Gingetragene Genossenschaft.

Die Zinsen für Spar-Einlagen werden von Dienstag den 2. bis Donnerstag den 25. Januar 1883 in den Stunden von 9—1 Uhr vormittags und 3—5 Uhr nachmittags gezahlt.

Nach Ablauf dieser Zeit werden die nicht abgehobenen Zinsen dem Kapitale zugeschrieben.

Merseburg, den 20. Dezember 1882.

Vorschuss-Verein zu Merseburg, Eingetragene Genossenschaft.

J. Bichtler.

M. Klingebell.

A. Just.

Ergebene Anzeige.

Mit Rücksicht auf die neue Verordnung bezüglich Schließung der Verkaufsläden Sonntags von 1 Uhr ab ersuche ein hochgeehrtes Publikum Bestellungen auf Conditorei- und Kuchenwaaren im Laufe des Sonnabends gefl. an mich gelangen zu lassen, damit Zusendung Sonntags zu gewünschter Zeit erfolgen kann.

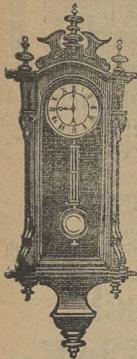
G. Schönberger, Gotthardtsstr.

Unter meiner Devise: „Geringer Nutzen — großer Umsatz“ empfehle hiermit

reinwollne schwarze Cachemires

in verschiedenen Qualitäten und gebiegenen Farben zu wirklich niedrigen Preisen, sodas einem geehrten Publikum Gelegenheit geboten ist, den Bedarf bei mir vortheilhafter zu decken als auswärts.

Verkaufsortal: **Fritz Roenneke.**
Johannisstr. 17.



Geschäfts-Anzeige.

Hierdurch den werthen Kunden und einem geehrten Publikum die ganz ergebene Mittheilung, das ich das von meinem verstorbenen Vater nahezu 50 Jahre innegehabten Uhrengeschäft (etabliert 1835) in der bisherigen Weise für Rechnung meiner Mutter fortführe.

Ich werde bemüht sein, das gute Renommé des Geschäfts nach allen Seiten zu erhalten.

Ergebenst

Paul Hoffmann,

Uhnmacher,

Ober-Burgstraße 10.

J. Kächel,

Markt 27. Drechsler, Markt 27.

empfeilt sich bei Bedarf zu allen vorkommenden Drechslerarbeiten.

Casino.

Sonntag den 21. Januar frische Pfannenkuchen.

„Deutscher Hof“

Heute Abend Salzknochen, dazu ladet freundlichst H. Ernst.

Restauration z. Tiefen Keller

Heute Abend 6 Uhr Salzknochen mit Meerrettig. Fr. Stollberg.

Flemmings Restauration.

Heute Sonnabend Schlachtefest, früh 1/2 10 Uhr Wellfleisch, abends Brat- und frische Würst.

Zur guten Quelle.

Heute Sonnabend von 7 Uhr an saure Nindsaunaen F. Beyer.

Hierzu eine Beilage.

empfeilt Frischen Schellfisch, frischen Hecht C. L. Zimmermann. Türkische Pfannen, amerikaner Apfelsücker b. D.

Näh-Maschinen, bestes deutsches Fabrikat, empfiehlt unter mehrjähriger Garantie zu billigen Preisen C. Hartung, Gotthardtsstraße 18.

Einladung

zum Concert und Ball in Frankleben.

Sonntag den 21. Januar, abends 7 Uhr, zum Besten der Ueberschwemnten.

Der Landwehrverein.

Das unbefugte Betreten des Bürgergartens, von den Thoren, sowie von der Leichbrunnende aus, wird hoflichst verboten. Zuwiderhandlungen werden ohne Nachsicht zur Anzeige und Bestrafung gebracht.

Besitzer des Bürgergartens.

Gymnasium zu Merseburg.

Donnerstag den 25. Januar, abends von 6 Uhr an, findet in der Aula eine Aufführung zum Besten der Ueberschwemnten statt.

Programme als Eintrittskarten zu 1 Mark sind bei den Herren Wiese, Buchh. Steffenhagen und Stollberg zu haben.

General-Versammlung

der Maurer-Gesellen-Frankenkasse

Sonntag den 21. Januar 1883 nachmittags 1/2 3 Uhr, zur guten Quelle.

Um zahlreiches Erscheinen bittet der Vorstand.

Kaiser Wilhelmshalle

Sonntag den 21. Januar 1883, zum Besten der freiwilligen Feuerwehrr-Kasse,

Theater, Gesangsvorträge und Instrumental-Concert, dann Ball

Billets im Vorverkauf bei den Herren Wiese und Matz: Sperris 60 Pf., Saal 40 Pf. An der Kasse: Sperris 75 Pf., Saal 50 Pf., Gallerie 30 Pf. Für Ballmusik extra. Mehrbeträge werden dankend angenommen.

Anfang abends 8 Uhr. Reichhaltiges Programm an der Abendkasse.

Hospitalgarten.

Heute Sonnabend von abends 6 Uhr ab Salzknochen Morgen Sonntag den 21. d. Pfannentuchschmau und Tänzgen, wozu freundlichst einladet A. Preuss.

Dietric's Restauration.

Heute Sonnabend Schlachtefest, früh 9 Uhr Wellfleisch, abends Brat- und frische Würst.

Männer-Turn-Verein

Raum hat sich der Grabhügel über eines unser Mitglieder geschlossen, als von Neuem um die Transfunde wird, das unser Turnbruder und Turnfreund, d. Drucker

Otto Hessler

nach langjährigem Leiden im Alter von 84 Jahren am 17. d. M. abends 9 1/2 Uhr zur ewigen Ruhe gegangen in Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Sonntag Nachmittag 4 Uhr statt. Sammelplatz: Gotthardts- und Ritterhofen-Str. Der Vorstand.

Eine Aufwartung wird sogleich gesucht. Zu erfrogen in der Exped. d. Bl.

Pension.

Schüler, welche die hiesigen Schulen besuchen wollen finden freundliche Aufnahme und gute Pension. Zu erfrogen bei Herrn Gastwirth Böttger, im rothen Hirschen

Einen Lehrling sucht zu Dieren unter äunfthigen Bedingungen Otto Ebe, Bäckermeister.

Ein braves, ordnungsliebendes Mädchen wird zum 1. Februar cr. im Restaurant Hirschgarten in Dienst gesucht. Ullrich.

Eine rothe Pflanz-Arbeitskassche verloren. Gegen Belohnung abzugeben im „goldnen Arm.“

Ein Hüner-Gann zugeflogen. Gegen Erstattung der Unkosten abzuholen ar. Ritterstraße 23.

Das Betreten meines Feldes hinter dem Feldschlochen, oder das Darübertragen von Rohr aus dem Feld ist bei geleglicher Strafe verboten.

Carl Hoffmann.

Der Anarchistenprozeß in Lyon.

In Lyon spielt sich gegenwärtig ein Anarchistenprozeß ab, dessen Enthüllungen nicht bloß in dem zunächst davon betroffenen Frankreich und Rußland, sondern überall zum ernstesten Nachdenken auffordern. Das Ziel der Verschwörer heißt: „Gewalt mittelst Dynamit.“ Ihre revolutionäre Forderung läßt sich in die berüchtigte Blanqui'sche Formel zusammenfassen: „Ni Dieu, ni maître“ — kein Gott, aber auch sonst keinen Herren mehr! Das von den 47 Anarchisten unterzeichnete Manifest lautet u. A.: „Nach Ansicht der Anarchisten liegt das Uebel nicht in dieser oder jener Regierungsform, sondern im Vorhandensein der Regierung selbst, d. h. im Autoritätsprincip. Demgemäß erblicken wir unser Ideal in der Erziehung der beherrschlichen und geselligen Vormundschaft, der aufgehobigten Ordnung durch freie, stets zu verändernde und widerprüfliche Vereinbarung in den menschlichen Beziehungen. Solchergehalt machen die Anarchisten sich zur Aufgabe, dem Wolfe Regierung und Regierten abzugeben, wiewohl wie man andererseits dasselbe bereits gelehrt, sich ohne Gott weiter zu helfen.“ Offener läßt sich die Idee eines geordneten Zusammenlebens der Menschen nicht bekämpfen. Es gilt, auf solche Zeichen der Zeit zu achten und die unteren Volksklassen darüber zu belehren, daß solche anarchische Bestrebungen nur zu allgemeiner Zerrüttung und Noth führen und jedes menschliche Glück vernichten würden. Vor Allem ist es nöthig, den unpraktischen revolutionären Bestrebungen die praktischen geselligen Mittel zur Lösung der sozialen Probleme gegenüberzustellen und die Umstimmung der Massen durch Wort und Beispiel und durch die helfende aufopfernde Liebe mit jedem Morgen von Neuem energisch in Angriff zu nehmen.

Deutschland.

(Ernennungen.) Die Ernennung der bisherigen Regierungspräsidenten v. Hagemeister und Graf Behr-Regenbank zu Vizepräsidenten von Westfalen resp. Pommern ist in diesen Tagen erfolgt.

(Sparfamkeitmaßregeln.) Im Reichstage wurde bereits wiederholt von verschiedenen Seiten Sparfamkeit in Post und Telegraphenverwaltung für 1883 bis 1884 verlangt, wiederum 749 710 Mk. an einmaligen Ausgaben mehr als im Vorjahre. Unter denselben sind als neu hervorzuheben: erste Rate zur Herstellung von neuen Dienstgebäuden in Köthen 80 000 Mk., in Schleifstadt 81 700 Mk., in Berlin 50 000 Mk., in Hamburg 464 000 Mk., in Breslau 359 000 Mk., in Bernburg 70 000 Mk., in Kulm 50 000 Mk., in Leer 20 000 Mk., in Offenbach 90 000 Mk., in Saalfeld 60 000 Mk., in Weimar 80 000 Mk., in Bromberg 100 000 Mk., in Küntrin 80 000 Mk., ferner zur Erwerbung von Grundstücken in Weuthen 120 000 Mk., in der Bauerstraße in Berlin 101 000 Mk., in Glad 151 000 Mk., endlich zu Grundstücksankäufen und Bauten für unvorhergesehene Fälle 150 000 Mk. An diesen kolossalen Summen wird sich die Post- und Telegraphenverwaltung erhebliche Kürzungen gefallen lassen müssen. In parlamentarischen Kreisen begegnet man in allen Fractionen der Ansicht, daß so, wie bisher, mit der Verwendung von Reichsgeldern nicht fortgefahren werden dürfe, zumal in der Ausführung von Prachtbauten in den großen Städten auf Kosten der Reichskasse eine Benachteiligung des platten Landes liege, wo die zu Post- und Telegraphenweiden benutzten Räume vielfach zu wüsten übrig lassen.

Parlamentarische Nachrichten.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 18. Januar.) Präsident v. Loebeow ließ heute noch vor Beginn der Tagesordnung sich und dem gesammten Vorstände vom Hause die Ermächtigung erteilen, dem kronprinzlichen Zubelpaare zum

silbernen Hochzeitsfeste die Glückwünsche des Parlamentes darzubringen. Nachdem die Ermächtigung einstimmig erteilt worden war, theilte der Präsident mit, daß ihm von St. Louis die Ueberweisung einer Gabe von 30 000 Mk. (als erste Rate) für die Ueberschwemmten angezeigt worden sei, und heute früh eine solche von 18 000 Mk. aus Louisville. Er habe, den Wünschen der Absender auf schnelle Vertheilung entsprechend, beide Gaben sofort nach demselben Modus, wie die kaiserliche Unterstützung vertheilt worden sei, an die Adressen des Landescomitees versandt. Abg. Kapp bittet den Präsidenten, den Dank des Reichstages an die Geber zu richten.

Darauf nahm das Haus nach einer, die allgemeine Uebereinstimmung bezeugenden kurzen Verhandlung den Antrag Wölffel einstimmig an, welcher feststellt, daß Stimmzettel, welche im Wege der Bervielfältigung hergestellt sind und nur die Bezeichnung der zu wählenden Person enthalten, nicht als Druckschriften im Sinne der Reichs- und der Landesgesetze gelten. Veranlaßt war dieser Antrag, wie man sich erinnert, durch eine, wie der Abg. Wölffel hervorhob, ganz ungeheuerliche Auslegung geselliger Vorschriften seitens einzelner Polizeibehörden bei den Wahlen.

Bei der darauf beginnenden Debatte über den Wölffel'schen Börsensteuerantrag betonte zunächst der Urheber desselben die Schwierigkeit der Aufgabe, die er sich gestellt habe. Er habe es jedoch, nachdem sein Antrag auf procentuale Börsensteuer bei dem Stempelgesetze vom Jahre 1881 nur mit 126 gegen 126 Stimmen abgelehnt worden, und da die Nothwendigkeit einer schärferen Heranziehung des Zeitgeschäftes an der Börse zur Besteuerung immer klarer hervorgetreten sei, für seine Pflicht gehalten, keiner Schwierigkeit aus dem Wege zu gehen. In der Reihe der Gegner des Antrages wurden nicht nur von liberaler Seite, sondern auch vom Abgeordneten Reichensperger, welcher der größten Sympathie für die Tendenz des Antrags Ausdruck gab, die Gefährdung des legitimen Zeitgeschäftes, namentlich die Erschwerung der Arbitrage als nothwendige Consequenz des Antrages und als zwingender Grund der Ablehnung bezeichnet. Eben so bestimmte sprach auch der Finanzminister Scholz die Unmöglichkeit aus, angesichts der mangelnden Definition des Begriffs „Zeitgeschäft“ dem Antrage zuzustimmen. Auch die übrigen bereits in der Presse und in Kundgebungen beteiligter Kreise ausgesprochenen Bedenken vermochte Herr v. Wedell nicht abzuschwächen, so daß selbst der prinzipiell dem Antragsteller am nächsten stehende Redner, der freiconservative Fürst v. Hatzfeld-Trarbachberg, nicht umhin konnte, seine Zustimmung von der Befreiung der obwaltenden ersten Bedenken in der Commission abhängig zu machen. Herr von Wedell beantragte schließlich selbst die Einsetzung einer Commission, von der er sich sicherlich die Annahme seines Antrages nicht mehr verspricht. Er wird sich damit bescheiden müssen, die Sache in Fluß gebracht und vielleicht den Anstoß zu einer befriedigenden Lösung der Börsensteuerfrage — freilich in ganz anderem Sinne als er beabsichtigte — gegeben zu haben. Die Gerechtigkeit, der Frage näher zu treten, wurde von allen Rednern kundgegeben. Neben dem national. Abg. Büsing erwarb sich besonders der Seecefficient Schlutow das Verdienst, die Frage sowohl politisch als wirtschaftlich klar und sachverständig zu beleuchten. Die Ausführungen beider Redner über die Bedeutung der Arbitrage für die Berliner Börse und das Land dürften am meisten dazu beitragen, das Urtheil in den weitesten Kreisen aufzuklären. Morgen wird die Verhandlung des Antrages fortgesetzt.

Provinz und Umgegend.

Der Nachforschungen der Magdeburger Criminalpolizei ist es gelungen, den Mörder des Privatmanns Dähne und der unverhehlten Sander in der Person des Handelsmanns und

Restaurateur A. Ziegler, früher in Bölpe, gegenwärtig in Schleuß bei Demker, Kreis Stendal, wohnhaft, zu ermitteln und festzunehmen. Derselbe ist vom Criminal-Commissarius Schmidt verhaftet worden und befindet sich bereits im Polizeigefängnis zu Magdeburg. Die Mordwerkzeuge und mehrere der fehlenden Coupons sind in seinem Besitz gefunden.

In Schleusingen brannte am Sonntag früh ein Haus in der Münzgasse vollständig nieder und wurden hierbei drei andere nebst ihren Hintergebäuden erheblich beschädigt.

Aus Nordhausen wird der H. Ztg. unterm 18. d. geschrieben: Der Geschäftsnachfolger des vor Jahresfrist verstorbenen Malers Julius Hoffmann, Herr Karl Reimann, einer der tüchtigsten Turner Deutschlands, der im Besitz von 23 Diplomen für hervorragende turnerische Leistungen ist, machte gestern Abend in der Turnhalle, wie schon so oft geschehen, die Kiesenwelle mit nachfolgendem „Lobensprung.“ Er blieb dabei mit den Füßen an der Reckstange hängen, stürzte herab, brach das Genick und war nach kaum 5 Minuten eine Leiche; die herbeigeholten Aerzte Dr. Stern und Dr. Hoffe konnten nur den Tod constatiren. Reimann's „Lobensprung“ brachte ihm den Tod und zwar am Hochzeitstage, denn vor einem Jahre verheiratete er sich. Reimann war trotz seiner Jugend — 27 Jahre alt — bereits als Künstler bekannt, er hat den Theatervorhang im Eubolitheater gemalt und hinterläßt auch dem Männerturnverein einige schöne Gemälde. Als Mensch war er außerordentlich beliebt.

Am 17. d. M. entstand in der Fabrik Gerzewig durch das Nagen einer Blase im Destillationsgebäude ein Brand, wobei ein Arbeiter nicht unerheblich verletzt wurde. Das Gebäude ist gänzlich ausgebrannt.

Aus Raumburg schreibt man: Daß die neue Sonntagserordnung nicht von allen Geschäftsinhabern ungerne gesehen wird, beweist die Thatsache, daß gegen 20 derselben am letzten Sonntag von der Wilhelmstraße aus ein Dankschreiben an den Oberpräsidenten gerichtet haben „für den ersten ihnen verschafften freien Sonntag“.

In Wurz bach trank am Ende der vorigen Woche ein Knabe eine größere Quantität Branntwein und starb infolge dieses übermäßigen Genusses unter entsetzlichen Qualen.

Am Dienstag verunglückte auf der Grube „Carl Ernst“ bei Trotha ein Bergmann aus Seeben, indem er, mit dem Entleeren eines Kohlenwagens beschäftigt, dem Fahrhacht zu nahe kam und in die Tiefe hinabstürzte; er wurde zwar lebend, aber bewußtlos an das Tageslicht befördert und verstarb auf dem Transporte nach der königlichen Klinik in Halle.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 20. Januar 1883.

Am Donnerstag Vormittag begaben sich die Herren Dürbeck, Matto und Reichelt nach dem Schloß, um dem Herrn Regierungspräsidenten v. Dietz die mit 189 Unterschriften bedeckte Petition der hiesigen Kleingewerbetreibenden zu überreichen. Der Herr Präsident empfing die Deputation auf das Zuversichtlichste und unterließ sich mit derselben eine volle halbe Stunde in der lebenswürdigsten Weise. Leider mußte er erklären, daß er in der vorgetragenen Sache nichts zu thun vermöge, da die Entscheidung einzig und allein in den Händen des Herrn Oberpräsidenten liege. Es sei durch die Presse die irrige Meinung verbreitet worden, daß die Regierungspräsidenten die Befugniß hätten, die zu Verordnungen für einzelne Städte vollständig aufzusehen, während sie doch thätigst dieselbe nur für gewisse Tage außer Kraft setzen könnten. Er gebe daher den Petenten den Rath, sich mit ihrem Gesuche an den Herrn Oberpräsidenten zu wenden, wolle ihnen aber nicht verhehlen, daß wenig Aussicht auf Erfüllung ihres Wunsches vorhanden sei. Seit Jahren schon habe man von verschiedenen Seiten um Schließung der Läden an Sonntag

Vertical text on the left margin containing various names and fragments of text from the adjacent page.

Parlamentarische Nachrichten.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 20. Januar.) Präsident v. Leschow eröffnet die Sitzung um 1 1/2 Uhr. Am Tische des Bundesrats: v. Kamecke, Scholz und eine Anzahl Kommissarien. Der erste Gegenstand der Tagesordnung, die Interpellation des Abg. v. Schallscha, betreffend die Seesorge der katholischen Soldaten in Kosel, wird von der Tagesordnung abgesetzt in Folge der Erklärung des Kriegsministers v. Kamecke, daß er erst Information einziehen müsse, indes hoffe, nach acht Tagen die Interpellation beantworten zu können. — Das Haus setzt darauf die Beratung über den Antrag des Abg. v. Wedell-Malchow wegen der prozentualen Börsensteuer fort. In seinem Schlusswort setzt Abg. v. Wedell-Malchow noch einmal die Gründe auseinander, welche ihn zu der Einbringung seines Antrages veranlassen und weist insbesondere den Vorwurf einer agrarisch-sozialistischen Lebenspolitik zurück. Es sei nicht nachgewiesen, daß die prozentuale Börsensteuer unburchführbar sei, daß sie den Verkehr im Allgemeinen beschränke, und daß sie nicht rentire. Das befürchte ihn, auf den von ihm betretenen Wege fortzufahren. Lehne das Haus seinen Antrag ab, so werde der Antrag immer von Neuem wiederholt werden (Beifall rechts und im Centrum). — Der Antrag wird hierauf einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. (Gegen die Ueberweisung stimmen die Fortschrittspartei und die Sezessionisten.) Der Reichstag beginnt darauf die zweite Lesung des Etats. Eine längere Debatte knüpft sich an den Etat des Reichsamts des Innern. Abg. Reiniger (Bayern) bringt den deutschen Mädchenhandel zur Sprache und richtet an die Regierung die Anfrage, ob ihr die durch die Presse bekannt gewordenen Vorkommnisse bekannt sind und welche Vorkehrungen sie getroffen habe, diesem schimpflichen Treiben ein Ziel zu setzen. Geh. Rath Weimann erwidert, daß die niederländische Regierung bereits eine internationale Regelung dieser Frage angeregt habe. Die deutsche Regierung habe zufrümmend geantwortet und werde sich eventuell an den Verhandlungen beteiligen. — Auf eine Anfrage des Dr. Buhl erwidert Geh. Rath Weimann, daß die Ausführungsbestimmungen zur Nebelaukonvention bereits im Entwurf fertig gestellt seien und dem Reichstage zugehen würden. — Bei Kap. 7, Tit. 3 (Reichsschulkommission) plaidirt Abg. Dr. Reé für eine weitere Ausdehnung der Berechtigung zum Freiwilendienste auch auf höhere Bürgerschulen. Bei Kap. 10 (Statistisches Amt) wünscht Abg. Dr. Hirsch die baldige Vorlegung des durch die Aufnahme der Berufsstatistik gewonnenen Materials, das zur Beurteilung der sozialpolitischen Entwürfe unerlässlich sei. — Geh. Rath Bosse stellt die Mittheilung der vorläufigen Resultate bis zum 1. April in Aussicht. Vorweg bemerkt Reiner, daß die Aufnahme der Berufsstatistik so außerordentlich günstige Resultate ergeben habe, wie sie selten an die statistischen Centralstellen gelangt seien. — Bei Kap. 12 (Gesundheitsamt) kritisiert Abg. Dr. Moeller (Königsberg) die amtliche Thätigkeit des Reichsgesundheitsamtes. — Direktor Dr. Strauß erwidert, daß das Gesundheitsamt nur ein ausführendes Organ des Herrn Reichszanzlers sei und nur diesem gegenüber eine Verantwortlichkeit habe. Abg. Goldschmidt spricht sein Bedauern darüber aus, daß die Ausführungsbestimmungen zu dem Nahrungsmittelgesetz nun schon seit vier Jahren auf sich warten ließen. — Geh. Rath Dr. Köhler erwidert, daß mehrere Entwürfe in der Vorbereitung begriffen seien. Das Gesundheitsamt werde indes der Ernährung der Bevölkerung eine große Aufmerksamkeit zu und werde darin auch weiter fortfahren. — Die Abgeordneten Dr. Müller und Dr. Hanel treten der Erklärung Strauß mit großer Entschiedenheit entgegen. Die Vertreter der Regierung hätten die Pflicht, dem Hause über die Verwaltung Auskunft zu geben, ebenso wie die Volksvertreter das Recht der Kritik der Verwaltung hätten. An der weiteren Debatte beteiligten sich noch die Abgg. von Minigerode, Schrader, Dr. Braun, Dr. Birgner, Dr. Reichens-

berger, die namentlich die Weinfälschung zum Gegenstande hat, dann wird die Debatte geschlossen und der Etat des Reichsamts des Innern genehmigt. — Nächste Sitzung Montag 22 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung des Etatsberathung. Schluß 5 1/2 Uhr.

— Es ist aufgefallen, daß den konservativen Antrag wegen der Eidekleitung vor einem Conventionsgenossen 19 Mitglieder der deutsch-konservativen Partei, darunter Graf Moltke und Oberpräsident von Seydewitz, nicht mit unterzeichnet haben; man schließt daraus, daß die Partei keineswegs einig ist. Zu den Unterzeichnern gehören bemerkenswerther Weise auch der Oberstaatsanwalt Saro und der Staatsanwalt Hartmann. — Der Reichszanzler wird sich, wie man hört, an der Beratung des Etats für das Auswärtige Amt nicht beteiligen. Vielmehr wird Graf Hagfeld die Vertretung desselben übernehmen.

Provinz und Umgegend.

† Vor einigen Tagen, abends als gerade der Nebel sehr dicht auf der Erde lag, verurtheilte ein Gefangener von der Strafanstalt in Halle diese Finsterniß zu benutzen und zu entfliehen. Als derselbe sich mittelst eines Strickes herunterlassen wollte, riß derselbe; der Gefangene stürzte in die Tiefe und erlitt einen Beinbruch, so daß er sofort in das Strafanstalts-Krankenhaus aufgenommen werden mußte.

† Auch im Herzogthum Meiningen soll vom 1. April cr. ab eine Polizeiverordnung in Kraft treten, wonach sämtliche Geschäfte an Sonn- und Feiertagen von nachmittags 1 Uhr ab geschlossen bleiben müssen.

† Ein nachahmenswerthes Beispiel von edler Wohlthätigkeit gab der Gutsbesitzer Prieger auf Schloß Gereuth bei Coburg. Derselbe spendete für die Ueberschwemmten in Unterfranken (am Main) 150 Centner Kartoffeln, 10 Centner Erbsen und Bohnen und 40 Centner Mehl.

† Dieser Tage gestohlt in Leipzig ein fremder Müllerergessele die Fingerscheibe eines Uhrmacherschawewölbes in der Petersstraße und nahm eine werthvolle Uhr an sich; natürlich wurde der Bursche sofort festgenommen und an das Polizeiamt abgeliefert. Eben dahin wurde ein dreizehnjähriges Mädchen gebracht, welches sich auf der Station Wurzen der Leipzig-Dresdener Bahn in den Eisenbahnzug eingeschlichen hatte und als „blinder Passagier“ mit nach Leipzig gefahren war. In demselben wurde eine den Aeltern entlaufene jugendliche Taschendiebin ermittelt, die dieses Handwerk in ausgedehnter und raffinirter Weise betrieben hatte. Nicht weniger als zwanzig solcher Diebereien hat sich das Mädchen neuerdings schuldig gemacht.

† Im Gasthose „Zur Sonne“ zu Schmiedeburg wurde Ende voriger Woche ein freches, leider auch erfolgloscher Einbruch verübt. Am Nachmittag zwischen 5 und 6 Uhr sind Diebe in die Wohnung der Besitzerin, Wittwe Schneider, eingedrungen, haben mit einem Dierrich den verschlossenen Schreibsecretär geöffnet und daraus die Summe von 1700 bis 1800 Mk. entwendet. Die Diebe sind noch nicht ermittelt.

† Zu dem gräßlichen Verbrechen in dem Orte Thießen in Anhalt berichtet die S.-Ztg. heute folgendes nähere: Großkopf hatte die Familie Brachwig, bestehend aus Mann, Frau und zwei Töchtern, die im Alter von 18 und 8 Jahren stehen, gegen freie Kost und Wohnung in sein Haus aufgenommen und ihnen das Haus zu schreiben lassen. Der Arbeiter Brachwig steht in dem etwa eine Stunde entfernten Tornaubel dem Herrn Oberamtmann Trittel als Bremereiarbeiter in Dienst. Er wird als ordentlicher Mann geschilddert und hat von der grauenhaften That nicht die geringste Kenntniß, da er nur alle 14 Tage einmal nach Hause kommt. Wahrscheinlich Geldnoth, die durch die von Großkopf beantragte Auflösung des Auszuges entstand oder in kurzer Zeit entstehen mußte und auch Haß gegen den alten Mann haben die Frau zu der schrecklichen That getrieben. Entgegen der Aussage der 18jährigen

Tochter, daß die Mutter den alten Mann nach einem Streite mit dem Knüttel erschlagen habe, hat nun die kleine 8jährige Tochter ausgesagt, die Mutter habe den G., als er schlafend im Bette gelegen, einen Strick um den Hals geworfen und ihn, als er aufgewacht, mit dem Stocke geschlagen, aus dem Bette gezogen und über einem mit Wasser gefüllten Gefaß den Hals durchschnitten. Dabei habe sie leuchten mühen! Darauf hat die B. (wieweit die 18jährige Tochter betheilig ist, wird die Untersuchung ergeben) den Leichnam gräßlich entstellt und hinter das Dachhaus an einen Kirchbaum lose aufgehängt.

† Bekanntlich wird im Jahre 1884 das deutsche Schützengesetz in Leipzig abgehalten. Die dortige Schützengesellschaft, welche die Vorbereitungen in die Hand genommen hat, befhäftigt sich augenblicklich mit der Erörterung der Platzverhältnisse; es wird wohl eine Wahl zwischen dem Rennplatz im Süden und der sogenannten Postwiese im Westen Leipzigs stattfinden. — Auch für die von der Leipziger Polytechnischen Gesellschaft angeregte und in die Hand genommene Angelegenheit einer Gewerbe- und Industrie-Ausstellung, welche zunächst das Königreich Sachsen umfassen und in Leipzig stattfinden soll, werden bereits die nöthigen Vorarbeiten gemacht. Unter Anderem hat sich die Gewerbe-kammer dafür entschieden, daß die Ausstellung nicht schon 1884, wie ursprünglich geplant war, sondern erst 1885 stattfindet.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 23. Januar 1883.

** Die Gerichtsverhandlung gegen den ehem. Fabrikdirector Neuland von hier wurde gestern nach fünfständiger Dauer auf heute vertagt.

** Ueber die mehrermähnte Sonntags-Polizeiverordnung des Oberpräsidiums der Prov. Sachsen brachte die Magd. Ztg. in den letzten Tagen von sachkundiger Seite einen eingehenden Artikel, welcher ausführt, daß jene Verordnung ebenso wie deren beide Vorläufer aus der Zeit Patow-Steinmann rechtensungültig sei, und zwar nicht allein in materieller Beziehung, sondern auch in formeller: denn der im Eingang der Verordnung in Bezug genommene und in Verordnungen dieser Art auch nur in Bezug zu nehmende § 73 des Organisationsgesetzes vom 26. Juli 1880 ermächtigte den Oberpräsidenten nur, „gemäß §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 — gültige Polizeivorschriften zu erlassen u. s. w.“ Hiermit sei der Verordnungsbesugniss des Oberpräsidenten in formeller Beziehung eine ganz bestimmte, bei Vermeidung der Rechtsungültigkeit zu überschreitende Schranke gezogen, welche sich dahin bestimmt, daß der Oberpräsident nur befugt ist, über solche Gegenstände Polizeiverordnungen zu erlassen, welche in den vom Gesetzesgeber ausdrücklich, mit gutem Vorbedacht und keineswegs bloß zur Decoration des Gesetzes genannten §§ 6, 12 und 15 erwähnt sind. Ueber alle in diesen drei Paragraphen nicht erwähnten Gegenstände könne der Oberpräsident keine Verordnungen erlassen. Wo siehe nun aber dort eine Silbe von Sonntagsbeiligung? wo ein Wort von der Beschränkung des Verkehrs zu Gunsten der Sonntagsruhe? Grade im Gegentheil seien die Vorschriften darauf berechnet, den Verkehr zu heben und zu befördern, und es sei ganz richtig, wenn gesagt worden, es sei vielmehr eine der vornehmsten Pflichten der Polizei, für die Erleichterung des Verkehrs und die Hebung des Volkswohlstandes zu sorgen. Die Magd. Ztg. begleitet die Ausführungen ihres Gewährsmannes mit folgender Bemerkung: „Nachdem wir nun den, wie wir meinen, unansehnlichen Nachweis erbracht haben, daß die Sonntags-Polizeiverordnung formell und materiell unzulässig ist, dürfen wir uns wohl der Erwartung hingeben, daß sie vom königlichen Oberpräsidium ungefaumt wieder aufgehoben werden wird.“

** Die Bezirksfeldwebel Schabe und Bauer der 1. und 2. Compagnie (Schweiditz resp. Merseburg) 4. Thüringischen Landwehr-Regiment Nr. 72 werden sich in der Zeit vom 28. Jan.

6. Februar
und im da
Gefolge
des Landwe
einzigste
Der königl.
kaiserliche
schon am
Wag
Franz
Albert
Präuz
Krieg
von hier
Görlitz
rechtlich
Die Käme
Alte in
zum ersten
von der P
Präsident
Kriegs
und Freie
Königl.
Königl.
lang
den für die
Erwennung
entgegen,
Königl.
den und in
Verfug
einzigstem
höchster
nach
wenn ver
Königl.
für das
nach;
wegen eine
nach die
Königl.
Königl.
Stimmun
in ihren
der lebend
Wohlfahrt
die Haupt
Bollwerk
gerichtet
Günden
des Austr
den auf
10 Uhr
mense das
über man
trachte. F
geschmann
ausverkauf
gehört
werden. W
sich besam
galt aber,
von dem
Beratung
Er höher
Erfre eine
geradeher
die einige
als Zahlung
auf diese
sch aber
den. Auf
zum
während
erwart

Correspondent.

Wöchentliche Beilage:

Illustrirtes Sonntagsblatt.

Er scheint:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Expedition: große Ritterstraße Nr. 28.

Abonnementspreis:
pro Quartal: 1 Mark bei Abholung. — 1 Mark
20 Pfg. durch den Herumträger. — 1 Mark
25 Pfg. durch die Post.

Nr. 13.

Sonnabend den 20. Januar.

1883.

Die jüngeren Söhne.

Die hochadligen Großgrundbesitzer, deren Interessen die konservativste Partei beherrschen, wenden seit einigen Jahren Alles an, um unsern Bauernstand mit dem feudalen Erbrecht zu beglücken, wonach, ähnlich wie bei den adligen Majoraten, eins der Kinder, gewöhnlich der älteste Sohn, der „Anerbe“, d. h. der ausschließliche oder vorzugsweise Erbe des Landgutes wird. Die anderen Kinder sollen mit einer verhältnismäßig geringen Erbtheilung abgefunden werden. Es soll damit angeblich der Zerstückelung des Grundbesitzes vorgebeugt werden.

In einzelnen Landestheilen entspricht ein solches Erbrecht einer alten, auch im Bauernstande eingewurzelten Sitte. In anderen Gegenden aber nicht. Und hier sträuben sich auch meist die kleineren Grundbesitzer gegen das Geschenk, das ihnen die hochadligen Herren zwangeweise auflegen wollen. Eine Zerstückelung des Grundbesitzes tritt auch in diesen Landestheilen nicht hervor, und wo sie vereinzelt zu Tage tritt, ist sie gewöhnlich anderen Ursachen zuzuschreiben, als dem Mangel des Anerbenrechts.

In voriger Woche hat das preussische Herrenhaus den Beschluß gefaßt, das das feudale Erbrecht in der Mark Brandenburg eingeführt werden solle. Die „Kreuzzeitg.“ registriert dies in dem Leitartikel ihrer Sonntagsnummer unter der Ueberschrift „Ein Erfolg“. Dieser „Erfolg“ wird aber nicht lange vorhalten. Denn selbst das gegenwärtige Abgeordnetenhaus wird dem Beschlusse sicher nicht zustimmen, und auch die Regierung hat im Herrenhause keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie dem Gesetzentwurf in der jetzt vom Hause acceptirten Form niemals ihre verfassungsmäßige Gutherzigkeit zu Theil werden lassen kann.

Die hochadligen Großgrundbesitzer sind natürlich, indem sie das von ihnen gepriesene Erbrecht dem Bauernstande auflegen wollen, nicht um den kleinen Grundbesitz besorgt, sondern um sich selbst. In der Kommission des Herrenhauses wurde es offen ausgesprochen, daß es der Großgrundbesitzer sei, welcher das feudale Erbrecht nicht entbehren zu können glaubt. In unserer bösen Neuzeit ist aber durch den Geist des Liberalismus der Grund nur zum herrschenden geworden, daß vor dem Gesetz alle Bürger, groß oder klein, gleich sind, und da glauben die Herren das von ihnen empfohlene Erbrecht nicht für sich allein sich erhalten zu können, wenn es nicht zur allgemeinen Einführung auch für den kleineren Grundbesitz gelangt.

Die agrarischen Konservativen suchen seit Jahren den Bauernstand für sich zu gewinnen, indem sie ihm einreden, daß heutzutage ein Gegensatz zwischen den Interessen des großen und des kleinen Grundbesitzes nicht besteht. Und durch die Verbreitung dieser Ansicht gelingt es ihnen auch oft, daß die kleineren Grundbesitzer den gräflichen oder freiherrlichen Großgrundbesitzer für den besten Vertreter ihrer Interessen ansehen und ihm bei den Wahlen ihre Stimmen geben. Es zeigt sich, wenn man genauer hinsieht, daß in diesem wie in vielen anderen Punkten die Interessen des Kleingrundbesitzes durchaus nicht mit denen des adligen Großgrundbesitzes übereinstimmen.

Weshalb sträubt sich hauptsächlich der bürgerliche Kleingrundbesitzer gegen die allgemeine Einführung des Anerbenrechts? Es ist das Schicksal der anderen Kinder, namentlich der jüngeren Söhne, was ihnen am Herzen liegt. Sie umfassen alle ihre Kinder mit gleicher Liebe, und ihr Gefühl widerspricht dem Ausweg, ein Kind vor den anderen so wesentlich zu bevorzugen.

Dem adligen Großgrundbesitzer ist es nun verhältnismäßig viel leichter gemacht, seinen jüngeren Kindern eine angenehme und ehrenvolle Lebensstellung zu verschaffen, als dem Kleingrundbesitzer. Es ist der Staat, welcher ihm die Sorge gemein erleichtert. Alle höheren und einflussreichen Stellungen im Civil-, wie im Militärdienst sind vorzugsweise von den Söhnen adliger Grundbesitzer eingenommen. Früher waren ihnen die Stellen fast ausschließlich vorbehalten. Der Adlige hatte ein angeborenes Recht auf die Offizier- und die wichtigsten Civilstellen. Nun besitzt der Adlige durch Gesetz freilich heute solche Vorrechte nicht mehr. Aber faktisch übt er dies Vorrecht auch heute noch aus. Die große Mehrzahl namentlich der höheren Offizierstellen, die meisten hohen Verwaltungsdämter vom Minister bis herab zum Landrath sind mit Adligen besetzt. Ueber so viele Mittel, um den Söhnen die dazu nöthige Vorbildung in einer Kadettenschule oder durch Besuch der Hochschule zu geben, verfügt der adlige Großgrundbesitzer meistens. Hat der Sohn nur die nöthigen Examina bestanden, so ist, wenn er auch nur ein mittelmäßiger Kopf ist, doch so weit für ihn gesorgt, daß er eine anständige Lebensstellung erringt. Die Unkel und Vettern, welche schon einflussreiche Stellungen errungen haben, helfen dann schon vorwärts schieben. Ein nicht unbeträchtlicher Theil der staatlichen Ausgaben fließt

dem Bauernsohne dann, wenn Alles gut geht, die Aussicht, Gendarm, Polizeibdiener, Gerichtsbediener, Steuerbote oder Grenzaufsicher werden zu können. Das zeigt sehr deutlich, in welche Linie unsere konservativen Herren den Bauernstand stellen, den sie durch Bauernvereine und andere Fangvorrichtungen sich dienstbar zu machen suchen.

Politische Uebersicht

Ein Duzend Jahre sind flossen (am 18. d. M.) verfloßen gewesen seit der Proclamation des neuen deutschen Kaiserthums, seit der Erstehung des Reiches. Die Verhältnisse im Inneren Deutschlands nach zwölfsähriger Dauer können nicht erstreulich genannt werden. Und doch kann man vielleicht gerade hierin eine Gewähr dafür finden, daß das Reich trotz seiner Jugend fest begründet ist. Während der ersten Hälfte dieses Jahrzehntes hat der Leiter der deutschen Politik seine persönlichen Neigungen zurückgedrängt, weil er die junge Schöpfung noch nicht für stark genug hielt, um einen politischen Conflict zu ertragen. Wenn er während der zweiten Hälfte anders verfahren ist, so muß nach seiner Meinung wohl das Reich schon so viel Kraft besitzen, um die frühere Vorsicht unnöthig erscheinen zu lassen.

Die sog. Steuerreform, um welche sich unsere gelammte innere Politik dreht, erfordert alljährlich ihre Opfer. Minister v. Bötticher und Schatzsecretär Burckhard sind beide schwer krank geworden, infolge von „Ueberarbeitung“, wie die „N. N. Z.“ sagt. Bei Herrn Burckhard scheint die Krankheit aber auch finanzpolitischer Natur zu sein. Wer hätte das erwartet, daß so schnell „Frictionen“ selbst mit dieser geschmeidigen Natur sich einstellen könnten! Herr Burckhard hat schnell Carriere gemacht. Es sind noch nicht so viele Jahre her, seit er noch Professor und dann Steuerath in Danzig war. Von geschäftlicher Gewandtheit, war er einer der wenigen der Beamten, welche sich der neuen Wirtschaftspolitik mit großem Eifer angeschlossen und die darum schnell von Stufe zu Stufe stiegen. Mit starken Behauptungen gegenüber den Gegnern der neuen Politik war er im Reichstage sehr freigebig. Aber seine Leistungen müssen wohl doch nicht den Anforderungen entsprochen haben, welche gestellt wurden. Wie glücklich wird er in dem schönen A. Italien sein, wo er sich, wie es heißt, hinbegeben will, fern von Finanzen und Steuern, von Zahlen und Zöllen!

An Herrn v. Bötticher hat Fürst Bismarck eine schätzbare Kraft gewonnen, die jetzt sehr vermehrt wird. Herr v. Bötticher weigerte sich, als er nach Hofmann's Abgang nach Straßburg in die Stelle Delbrück's berufen wurde. Er vertheilte sich nicht auf die Volkswirtschaft, sagte er, mit der er sich nie befaßt habe. „Desto besser“, soll Fürst Bismarck gesagt haben, „um so unbedingter werden Sie sein.“ Herr v. Bötticher hat den man ihm gestellten Erwartungen vollkommen entsprochen. Er geht ganz in die ihm gestellten Aufgaben auf, ohne irgendwie eine selbstständige Meinung zu präferiren. Er ist gewandt und besleißigt sich für gewöhnlich recht urbaner Formen. Wenn er in letzter Zeit zuweilen etwas gereizt erschien, so hat dies vielleicht schon an der Krankheit gelegen.



all.
ar 1883
den Häumen
en daran, fow
Soffmann, W
(zur Forelle)
all.
uar hält
fellschaft
einen Maßst
es der Nam
i S. Bam
elmshalle
Januar 1883
illigen Feuerw
svorträge un
cert, dann Bal
den Herren
60 Pf., Zeit
affe: Speeritz 78 P
Dr. Für Vollm
dankeft angenom
S 11br.
an der Abentf
sammlung
n-Franken
uar 1883 nach
Ubr.
Welle
bitter
der Vorstand.
erein.
lbr. Uebung.
elmshalle
n
racht
nd 7 Ubr, stat,
1883.
Das Directorium
achweis.
der Deformation, mit ein
4000 Zbl., kann in ein
ngen Feld einbezieht
ffe unter B. 22 in
ien, Oons und Zuden
Alles und Viehman
Gummert, Markt 21
De Amme
in der Exped. d. Bl.